

NDR Info Podcast

18.12.2021 / 19.35-20.00 Uhr

STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN

19.12.2021 / 12.35-13.00 Uhr

Andreas Flocken/Joachim Hagen

E-Mail: streitkraefte@ndr.de

www.ndr.de/streitkraefte

Themen:

- **AKTUELL**
Frust statt Lust? Erneut fachfremde Ministerin für Bundeswehr
- **SCHWERPUNKT**
Vor der Überprüfungskonferenz - Nichtverbreitungsvertrag zu Atomwaffen auf der Kippe?
- **SICHERHEITSPOLITISCHE NOTIZEN**
 - Nach dem Video-Gipfel - Putin-Biden-Annäherung auf Kosten der Ukraine?
 - Posthume Ehrung - Carl-von-Ossietsky-Medaille für Otfried Nassauer

Abschrift Schwerpunkt

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Flocken:

Heute geht es um den mehr als 50 Jahre alten Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Manche sprechen auch vom Atomwaffensperrvertrag oder einfach vom Nichtverbreitungsvertrag. Er ist 1970 in Kraft getreten und in regelmäßigen Abständen - alle fünf Jahre - findet eine Überprüfungskonferenz statt. Das eigentlich für 2020 vorgesehene Treffen ist wegen Corona mehrmals verschoben worden. Aber jetzt wird die Konferenz im kommenden Monat in New York stattfinden, und wir wollen einen Ausblick wagen. Es stellt sich nämlich immer mehr die Frage, ob der Vertrag eigentlich noch seinem Ziel gerecht wird, eine Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern und Schritte zur Abschaffung aller Atomwaffen einzuleiten. Möglicherweise verliert der Nichtverbreitungsvertrag zunehmend an Bedeutung und Relevanz - denn Anfang des Jahres ist ein weiterer Vertrag in Kraft getreten: der sogenannte Atomwaffen-Verbotsvertrag. Er ist inzwischen von mehr als 100 Staaten unterzeichnet worden und er ächtet Nuklearwaffen, verbietet sie. Wie das alles miteinander zusammenhängt - das wollen wir nun in diesem Podcast erörtern. Helfen wird

uns dabei Jerry Sommer. Er hat sich in den vergangenen Wochen mit dieser komplexen Thematik beschäftigt und er ist uns jetzt aus Düsseldorf zugeschaltet. Hallo Jerry.

Sommer:

Hallo Andreas, hallo Joachim.

Flocken:

Lass uns doch zunächst einmal mit einigen grundlegenden Fakten beginnen. Der Nichtverbreitungsvertrag oder Atomwaffensperrvertrag ist 1970 in Kraft getreten - also während des Ost-West-Konfliktes. Welche Idee, welche Erwartungen verbanden sich damals mit der Vereinbarung?

Sommer:

Es gab verschiedene Erwartungen. Erstens wollten vor allen Dingen die Nichtatomwaffenstaaten erreichen, dass die Atommächte - und das waren damals vor allen Dingen die USA und die Sowjetunion - die nukleare Aufrüstung beenden. Die Gefahr einer nuklearen Katastrophe für die ganze Welt war nicht zuletzt während der Kuba-Krise 1962 deutlich geworden. Zweitens befürchteten die Staaten, dass die Verbreitung von Atomwaffen die Atomkriegsgefahr noch mehr erhöht und daher wollte man der Verbreitung einen Riegel vorschieben. Die fünf Atommächte wollten Mitte der 60er Jahre - das waren die USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und China - die wollten wahrscheinlich erreichen, dass sie ihr Oligopol als Atomwaffenstaaten behalten konnten. Und drittens wollten viele Nichtatomwaffenstaaten ungehinderten Zugang zu Nuklearenergie für die friedliche Nutzung von Nuklearenergie haben und dafür brauchten sie die Unterstützung der Atomwaffenstaaten. Die waren dazu aber nur bereit, wenn es entsprechenden Kontrollen geben würde, die sicherstellten, dass die Kernenergie ausschließlich der friedlichen Nutzung dient.

Hagen:

Diese Erwartungen decken sich mit den drei Säulen des Vertrages, also Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, nukleare Abrüstung und als dritte Säule der kontrollierte Zugang zur friedlichen Nutzung von Atomenergie. Von wem ging

damals die Initiative zum Atomwaffensperrvertrag beziehungsweise zum Nichtverbreitungsvertrag aus? Und welche Staaten gehören dem Nichtverbreitungsvertrag inzwischen an?

Sommer:

Also die Initiative ging schon 1957 von Irland aus. Elf Jahre später war der Vertragsentwurf fertig...

Flocken:

...warum gerade von Irland?

Sommer:

... Irland war und ist ein neutraler Staat. Und in den 1950er Jahren war es eines der Länder, das für die Senkung der Atomkriegsgefahr eintraten. Das Land hatte außerdem einen sehr aktiven, für nukleare Abrüstung eintretenden, Außenminister. Wie gesagt, 1968, nach elf Jahren, war dann der Vertrag ausgearbeitet und er wurde von den Atommächten USA, Sowjetunion und Großbritannien unterzeichnet und ratifiziert. Dasselbe taten Dutzende weiterer Staaten bis der Vertrag 1970 in Kraft trat. Aber: die Atommächte China und Frankreich kamen erst 1992 dazu, also nach dem Ende des Kalten Krieges. Auch viele andere Staaten haben erst dann den Nichtverbreitungsvertrag unterschrieben und ratifiziert. Heute hat er über 190 Vertragsstaaten, fast alle Staaten der Welt gehören ihm an.

Hagen:

Aber noch einmal zurück zur Entstehungsgeschichte, Jerry. Der Nichtverbreitungsvertrag ist ja 1970 in Kraft getreten – das hast du gerade gesagt. Waren sich denn die USA und die UdSSR sofort einig, auf die Initiative Irlands einzugehen? Denn Washington und Moskau standen sich feindlich gegenüber. Wir hatten die Ost-West-Konfrontation, beide Seiten misstrauten sich. Gab es vor diesem Hintergrund nicht auch Widerstand gegen den Atomwaffensperrvertrag? Eventuell auch von beiden Seiten?

Sommer:

Klar, sowohl die Sowjetunion als auch die USA rüsteten nuklear gegeneinander auf. Aber mit der Kuba-Krise war vielen Ländern die Gefahr eines Atomkrieges bewusster geworden. Und zusätzlich gab es auch internationalen Druck für eine nukleare Abrüstung. Zudem liebäugelte damals eine Reihe von anderen Staaten, zum Beispiel auch Deutschland und Schweden, mit der Entwicklung von Atomwaffen. Und wie schon gesagt, ich glaube, auch die nuklearen Supermächte hatten Sorge vor einer Verbreitung von Atomwaffen, weil sie damit ihre Machtstellung als eine der wenigen Atommächte gefährdet sahen.

Flocken:

Also es gab ein gemeinsames Interesse von Washington und Moskau. Nun ist das zentrale Ziel des Atomwaffensperrvertrages, die Weiterverbreitung der Atomwaffen zu verhindern. Damit ist man aber jetzt bereits gescheitert, denn 1970 - bei Inkrafttreten des Vertrages gab es die von dir erwähnten fünf offiziellen Atommächte: Also die USA, die damalige Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und auch China. Mittlerweile gibt es aber neun Atommächte...

Sommer:

Also zuerst einmal halte ich deine Formulierung „das zentrale Ziel des Atomwaffensperrvertrags war, die Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern“ - das ist mir zu einseitig. Insofern halte ich das nicht für richtig. Das ist zwar oft die Sichtweise der Atommächte und der mit ihnen verbündeten Staaten - aber tatsächlich gab es einen Dreiklang als Kompromiss: Atomwaffenabrüstung auf null, Nichtverbreitung, friedliche Nutzung der Atomenergie. Aber zurück zu deiner Frage: gibt es jetzt nicht viel mehr Atommächte? Da muss man zum einen sagen, dass damals haben Dutzende von Staaten Atomwaffen anschaffen wollten oder zumindest an der Entwicklung gearbeitet haben. Das ist nicht eingetreten. Tatsächlich hat sich der Kreis der Atommächte um vier erweitert. Drei davon - nämlich Indien, Pakistan und Israel - haben den Vertrag von Anfang an abgelehnt und sie sind inzwischen Atomwaffenstaaten. Hinzugekommen ist Nordkorea, das 1985 den Vertrag unterschrieben und ratifiziert hat, aber 2003 wieder ausgetreten ist und wie wir wissen, inzwischen Atomwaffen hat.

Hagen:

Also der Nichtverbreitungsvertrag konnte nicht verhindern, dass andere Staaten mittlerweile ebenfalls Atomwaffen entwickelt haben. Lass uns aber noch zu einer weiteren Säule kommen - zur nuklearen Abrüstung. Eine zentrale Rolle spielt Artikel 6 des Nichtverbreitungsvertrages. Danach verpflichten sich die fünf offiziellen Atomkräfte zur nuklearen Abrüstung. Wir hören uns die genaue Formulierung mal an. Dort heißt es in Artikel 6:

Zitat:

„Jede Vertragspartei verpflichtet sich in redlicher Absicht, Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.“

Hagen:

Der Vorwurf lautet nun: Die fünf offiziellen Atomkräfte kommen ihrer Verpflichtung zur Abrüstung nicht nach.

Sommer:

Ja, das ist der zentrale Vorwurf an die offiziellen Atomkräfte. Der Konfliktforscher Ulrich Kühn vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik schätzt das in einem Interview mit mir so ein:

O-Ton Kühn:

„Die letzten fünf Jahre waren für die nukleare Rüstungskontrolle und Abrüstung ein Desaster. Unter Donald Trump, aber eben auch seinem russischen Counterpart Putin, wurden die Abrüstungsabkommen nur so plattgemacht. Ob es der INF-Vertrag war, ob es der Vertrag über den offenen Himmel war, ob es der Ausstieg der Amerikaner aus Verhandlungen mit dem Iran war.“

Hagen:

INF-Vertrag - das ist der Vertrag über die Abschaffung aller landgestützten Mittelstreckenraketen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion von 1987...

Sommer:

Ja, diesen Vertrag meint Ulrich Kühn. Ein einziger atomarer Rüstungskontrollvertrag ist heute noch in Kraft. Das ist der sogenannte New Start-Vertrag, den Biden und Putin verlängert haben und der jetzt bis 2026 gültig ist. Er begrenzt die strategischen nuklearen Waffensysteme von Russland und den USA - also die Systeme mit langen Reichweiten, mit denen sich die beiden Staaten gegenseitig erreichen können - auf 1.550 nukleare Sprengköpfe. Aber wir haben nicht nur einen Stillstand, oder man kann sogar sagen einen Rückschritt bei den Rüstungskontrollverträgen. Wir sehen auch angesichts der zunehmenden geopolitischen und geostrategischen Spannung zwischen den atomaren Großmächten eine umfassende Modernisierung ihrer Atomwaffenarsenale. Auch Großbritannien und China sind dabei, die Anzahl ihrer Atomwaffen zu erhöhen. Der Rüstungsexperte Daryl Kimball, der Direktor der Washingtoner Arms Control Association, sagte mir in einem Interview, dass alle offiziellen Atomkräfte ihre nuklearen Abschreckungsfähigkeiten verstärken:

O-Ton Kimball:

„The United States and the other are all improving and upgrading their nuclear stockpiles. They're trying to reinforce their nuclear deterrent capabilities. And remember, nuclear deterrence is all about threatening massive destructive force on other nations right now. We cannot say that the United States and the other Nuclear members of the NPT are fulfilling their responsibilities under the treaty.”

Sommer:

Und deshalb könne man nicht sagen, dass die fünf offiziellen Atomkräfte ihren Verpflichtungen entsprechend dem Nichtverbreitungsvertrag nachkommen, so Kimball.

Flocken:

Das kann man so sehen. Allerdings muss man auch sagen: zu Hochzeiten des Kalten Krieges hat es weltweit mehr als 50.000 Atomwaffen gegeben - also in erster Linie durch die USA und durch die damalige Sowjetunion. Heute gibt es dagegen erheblich weniger Nuklearwaffen. Man könnte also sagen: auch die nukleare Abrüstung ist ein Prozess, und die offiziellen Nuklearstaaten haben dann doch erheblich abgerüstet - auf rund 13.000 Atomsprengköpfe heute.

Sommer:

Ja, natürlich sind es heute weniger. Aber zuerst einmal sollte man festhalten, nachdem der Nichtverbreitungsvertrag 1970 in Kraft getreten ist, haben USA und Russland von 35.000 auf 65.000 Atomsprengköpfe ihre Arsenale vergrößert. Eine unglaubliche Summe, eine vielfache Overkill-Kapazität, die zur mehrfachen Zerstörung der Welt ausreichte. Dann - nach dem Ende des Kalten Krieges - sind tatsächlich dramatische Reduzierungen eingetreten, sie sind vereinbart oder auch einseitig umgesetzt worden. Heute besitzt Russland rund 6.200, die USA 5.500 nukleare Sprengköpfe, China 350, Frankreich 290 und Großbritannien 225. Indien und Pakistan, die ja noch hinzugekommen sind, haben jeweils etwa 150 Sprengköpfe, Israel etwa 100 und Nordkorea etwa 50 Atomwaffen. Klar, es sind wesentlich weniger als zu Zeiten des Kalten Krieges, aber immer noch haben wir einen atomaren Overkill und über 90 Prozent dieser Atomwaffen sind in den Händen der USA und Russlands.

Hagen:

Wir sprechen jetzt immer über die Abrüstungsverpflichtungen von Moskau und Washington. Die drei anderen offiziellen Atomkräfte dagegen, also Frankreich, Großbritannien und China, haben sich bisher noch nie in Abrüstungs- oder Rüstungskontrollvereinbarungen eingebracht. Die Begründung ist, dass die beiden Supermächte ein erheblich größeres Atomwaffenarsenal haben. Aber ist diese Argumentation wirklich überzeugend? Denn die Abrüstungsverpflichtungen des Artikel 6 gilt doch auch für diese Länder, oder?

Sommer:

Natürlich, sie gilt für alle offiziellen Nuklearmächte. Aber ich denke, es versteht sich irgendwie von selbst und ist auch logisch, dass die Hauptverantwortung für atomare Abrüstung bei den Großen liegt. Denn die russischen und die US-Atomarsenale sind mehr als 15 Mal größer als die von China, Frankreich oder Großbritannien.

Flocken:

Also ich denke, man kann festhalten, dass die fünf offiziellen Atommächte ihrer Abrüstungsverpflichtung nach Artikel 6 des Atomwaffensperrvertrages beziehungsweise des Nichtverbreitungsvertrages nicht nachgekommen sind. Das ist auch der zentrale Grund, warum dann mehrere Staaten den Atomwaffenverbotsvertrag aus der Taufe gehoben haben - ein Vertrag, der Anfang des Jahres in Kraft getreten ist und den inzwischen mehr als 100 Staaten unterzeichnet haben.

Im Januar beginnt nun die Überprüfungskonferenz des alten und etablierten Atomwaffensperrvertrages. Wird es dann zum großen Streit kommen, zum Showdown zwischen den offiziellen Atommächten und den Nicht-Atomstaaten? Denn viele Unterzeichner-Staaten des Atomwaffenverbotsvertrages sind ja auch Mitglieder des mehr als 50 Jahren alten Nichtverbreitungsvertrag...

Sommer:

Streit und Auseinandersetzungen wird es auf jeden Fall geben. Aber „Showdown“ scheint mir doch schon ein etwas zu hartes Wort zu sein. Denn die allermeisten Staaten, die atomwaffenbesitzende und nichtbesitzenden gleichermaßen, haben ein Interesse daran, den Nichtverbreitungsvertrag zu erhalten und zu stärken. Klar, bei der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages wird auf jeden Fall die Unzufriedenheit sehr vieler Staaten mit den offiziellen Atommächten und ihren nuklearen Aufrüstungsbestrebungen formuliert werden. Eine Folge dieser Unzufriedenheit hast du gerade erwähnt, dass nämlich über 100 Staaten inzwischen diesen Atomwaffenverbotsvertrag unterschrieben haben, indem sie selbst auf Atomwaffen verzichten und als neue internationale Norm eine Ächtung aller Atomwaffen durchsetzen wollen. Der Atomwaffenverbotsvertrag ist inzwischen in Kraft getreten, weil ihn über 50 Staaten ratifiziert haben. Und diese Staaten sind alle - nicht nur „viele“ wie du, Andreas, eben gesagt hast - alle sind Mitglieder des Nichtverbreitungsvertrages und sie treten für eine Stärkung des Nichtverbreitungsvertrages ein. Trotzdem werden sie natürlich bei der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages von den Atommächten konkrete Abrüstungsschritte verlangen. Das wird ein zentraler Punkt der Diskussion sein. Aus der EU sind Österreich und Irland dem Atomwaffenverbotsvertrag beigetreten, und die Staaten, die

diesen Vertrag beigetreten sind, werden sich im März nächsten Jahres zu einer Konferenz zusammensetzen, deren designierter Vorsitzender, der österreichische Diplomat Alexander Kmentt sein wird. In einem Interview mit mir äußerte er sich folgendermaßen zu der Mehrheitsmeinung der Staaten, die dem Nichtverbreitungsvertrag - abgekürzt NVV – angehören:

O-Ton Kmentt:

„Also erst einmal bin ich sehr überzeugt davon, dass, wenn sie die 190 Vertragsstaaten fragen: was ist das größte Problem für den NVV? Dann wird die weit überwiegende Mehrheit sagen, es ist die Nichtumsetzung der Abrüstungsverpflichtungen.“

Flocken:

Das hört sich erst einmal so an, dass der Nichtverbreitungs- beziehungsweise Atomwaffensperrvertrag mächtig unter Druck ist. Denn man könnte den Eindruck haben, dass diese Vereinbarung durchaus ein Auslaufmodell ist. Und der Anfang des Jahres in Kraft getretene neue Atomwaffenverbotsvertrag könnte dem Nichtverbreitungsvertrag dann möglicherweise den Rang ablaufen. Insofern ist doch die Sorge der NATO-Staaten durchaus nachvollziehbar, dass der neue Vertrag den bisherigen Nichtverbreitungsvertrag schwächt, beziehungsweise ihn unterminiert - so ist es ja von fast allen NATO-Staaten zu hören.

Sommer:

Also ich verstehe eigentlich nicht, wie du darauf kommst, dass der Nichtverbreitungsvertrag ein Auslaufmodell ist und wie der Atomwaffenverbotsvertrag ihm den Rang ablaufen soll - zumal ihm bisher keine atomwaffenbesitzenden Staaten angehören und auch alle Staaten, die dem Verbotsvertrag angehören, die internationalen Kontrollen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages unterstützen. Also, wie kommst du darauf, dass er geschwächt wird?

Flocken:

Naja, die NATO-Führungsmacht USA hat hinter den Kulissen ziemlich Druck gemacht, dass die anderen NATO-Staaten nicht dem neuen Atomwaffenverbotsvertrag beitreten. Denn die NATO ist weiterhin eine nukleare Allianz, sie

setzt auf die nukleare Abschreckung. Und wenn Atomwaffen verboten werden, gibt es natürlich auch keine atomare Abschreckung - das heißt, das wäre das Ende der NATO als nukleare Allianz. Und wir haben ja auch gesehen, dass die Ankündigung im Koalitionsvertrag, Deutschland werde als „Beobachter“ an der Atomwaffen-Verbotskonferenz im März teilnehmen, für ziemliche Unruhe in der NATO gesorgt hat - und übrigens nicht nur bei den USA, sondern auch insbesondere bei den östlichen NATO-Mitgliedern wie Polen. Denn die halten ja die nukleare Abschreckung und den nuklearen Abschreckungsschirm der USA für unabdingbar.

Sommer:

Also wenn man den nuklearen Abschreckungsschirm der USA für unabdingbar hält, dann klingt das für mich so, als wolle man Nuklearwaffen ewig behalten. Und das widerspricht doch eindeutig dem Nichtverbreitungsvertrag. Der verlangt von den Atommächten die nukleare Abrüstung bis auf null. Ich verstehe nicht, wie man den Atomwaffenverbotsvertrag als Unterminierung des Nichtverbreitungsvertrags ansehen kann, sondern er unterminiert die nukleare Abschreckungslogik der Atomwaffenstaaten inklusive der NATO.

Hagen:

Okay, jetzt noch mal zu einem anderen Aspekt. Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt – dieses Ziel steht ja im Nichtverbreitungsvertrag. Und die neue Bundesregierung hat dieses Ziel auch im Koalitionsvertrag bekräftigt und wohl auch deshalb hat sie entschieden, sich als Beobachter an der Konferenz der Atomwaffenverbotsstaaten zu beteiligen, trotz der Skepsis in der NATO, die wir gerade angesprochen haben. Aber gleichzeitig will die Koalition an der nukleare Abschreckung aufrechterhalten. Ist das nicht ein Widerspruch?

Sommer:

Im Koalitionsvertrag wird sich zur nuklearen Abschreckung bekannt. Dort ist auch vereinbart, dass die Bundesrepublik US-Kampfflugzeuge für viele Milliarden Euro anschafft, die im Kriegsfall die in Deutschland gelagerten US-Atomwaffen auf Russland abschießen können - also das ist die sogenannte nukleare Teilhabe. Es ist zwar verständlich, finde ich, dass Deutschland zwi-

schen den Atomwaffenstaaten und den Anhängern des Atomwaffenverbotsvertrags zu vermitteln versucht, aber widersprüchlich. Also das würde ich teilen. Widersprüchlich ist diese Politik, und so sagte es mir auch der Rüstungsexperte Oliver Thränert vom Center for Security Policy an der Züricher Hochschule:

O-Ton Thränert:

„Insofern gibt es hier einen Grundwiderspruch zwischen dieser Beteiligung als Beobachter an den Beratungen über das Atomwaffenverbot und andererseits der weiteren Beteiligung an der nuklearen Teilhabe. Aber Letzteres würde ich im Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik Deutschland als höher gewichten, insbesondere wenn man sich ansieht, welcher Spannungsaufbau gerade in Bezug auf Russland und die Ukraine-Krise zu beobachten ist.“

Flocken:

Ich sehe hier erstmal keinen Widerspruch. Denn es wird ja genau der Unterschied zwischen „Beobachter“ und „Mitglied“ des neuen Atomwaffenverbotsvertrages gemacht. Klar - als Mitglied des Atomwaffenverbotsvertrages müsste Deutschland sich von der nuklearen Teilhabe verabschieden - also Bundeswehr-Kampfflugzeuge dürften keine US-Atombomben mehr tragen. Es wäre auch nicht mehr erlaubt, US-Atombomben in Deutschland zu lagern - jedenfalls nach einer Übergangsfrist.

Aber deswegen will Deutschland ja nicht als Mitglied, sondern nur als Beobachter an der Konferenz der Atomwaffenverbots-Staaten im März teilnehmen. Und diese Teilnahme könnte man doch auch als Druckmittel sehen, dass die NATO-Führungsmacht USA und die anderen Atommächte endlich ihren Verpflichtungen nachkommen, ernsthaft bei den Atomwaffen abzurüsten...

Sommer:

Also die Beteiligung Deutschlands als Beobachter an der Konferenz der Atomwaffenverbots-Staaten, das sehe ich wie du, Andreas - das ist ein Versuch, die verschiedenen Positionen irgendwie zu verbinden, ohne in Widerspruch zu geraten, zu sehr zur nuklearen Abschreckung einerseits oder von dem Ziel der nuklearfreien Welt andererseits Abstand zu nehmen. Das ist auch ein innenpolitischer Kompromiss der Parteien gewesen, die die Koalitionsverhandlungen geführt und zum Abschluss gebracht haben. Denn nach Meinung zum Beispiel von Ex-NATO-Generalsekretär Solana, sollten NATO-Staaten dem Atomwaf-

fenverbotsvertrag beitreten - das aber hat bei den Koalitionsverhandlungen überhaupt keine Rolle gespielt.

Hagen:

Noch einmal zurück zur nuklearen Teilhabe, also der Fähigkeit, das Flugzeuge, der Bundeswehr bei einer bewaffneten Auseinandersetzung gegebenenfalls US-Atombomben tragen und diese ins Ziel bringen. Man könnte doch auch sagen, diese nukleare Teilhabe steht nicht im Einklang mit dem Nichtverbreitungsvertrag oder dem Atomwaffensperrvertrag. Denn dort hat Deutschland auf Atomwaffen verzichtet – Doch dann dürfte man doch auch nicht diese Trägermittel dafür stellen - das passt doch nicht zusammen. Was sagen denn die Experten zu diesem Argument?

Sommer:

Die juristischen Beurteilungen gehen auseinander. Die nukleare Teilhabe wird von einer Reihe von Nichtatomwaffenstaaten und auch von einigen Völkerrechtlern als klarer Bruch des Nichtverbreitungsvertrages angesehen. Die verschiedenen Bundesregierungen - also die alten und neue - argumentieren alle, dass Deutschland nicht die alleinige Verfügungsgewalt über die Atomwaffen habe, sondern nur mit den USA zusammen. Manchmal wird auch gesagt, im Kriegsfall gelte der Nichtverbreitungsvertrag ohnehin nicht. Das Letztere finde ich eine fragwürdige Argumentation, die den Nichtverbreitungsvertrag erheblich entwertet.

Flocken:

Darüber, ob die Bundesrepublik sich an der nuklearen Teilhabe weiterhin beteiligen soll, gab es ja im Bundestagswahlkampf durchaus unterschiedliche Meinungen. Auch zwischen den Parteien der Ampel. SPD und Grüne würden gerne aussteigen, die FDP möchte daran aber festhalten. Im Koalitionsvertrag hat man allerdings jetzt festgelegt, dass man gleich zu Beginn der Legislaturperiode ein Nachfolgesystem für das Kampfflugzeug Tornado beschaffen will. Dieses altersschwache Flugzeug ist ja für das Tragen der US-Atombomben ausgelegt. Das ist doch letztlich das Eingeständnis, dass die Koalition an der nuklearen Teilhabe festhalten wird.

Sommer:

Ja, natürlich. Die Koalition hat sich darauf geeinigt, an der nuklearen Teilhabe festzuhalten und die US-Atomwaffen in Deutschland noch für viele Jahre zu lagern. Ob das den deutschen Sicherheitsinteressen tatsächlich dient, ist natürlich umstritten. Kritiker meinen, durch eine Aufgabe der nuklearen Teilhabe und einen Abzug der US-Atomwaffen würde Deutschland an Glaubwürdigkeit gewinnen und mit gutem Beispiel vorangehen mit einem eigenen, klaren Schritt hin zu einer Welt ohne Atomwaffen.

Hagen:

Na ja, das wäre dann aber auch das Ende der nuklearen Abschreckung.

Sommer:

Stopp, stopp! Wieso der nuklearen Abschreckung? Das wäre ein Ende der nuklearen Teilhabe Deutschlands. Für die nukleare Abschreckung, da gibt es weiterhin die US-seegestützten Atomwaffen, da gibt es die US-Langstreckensysteme auf Flugzeugen. Also daran würde sich doch nichts ändern. Und die französischen und britischen Atomwaffen, die lassen wir mal ganz außen vor...

Hagen:

...Aber ob dann die Welt wirklich sicherer wäre? Na, ich weiß nicht. Es heißt oft, dass diese nukleare Abschreckung letztlich verhindert habe, dass es im Kalten Krieg zu einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen NATO und Warschau Park gekommen sei.

Aber lass uns doch vorher noch mal zurückkommen auf die Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages, die im Januar in New York beginnen wird. Die fünf offiziellen Atomkräfte werden vermutlich dort in der Defensive sein, weil es keine wirklichen Fortschritte bei der atomaren Abrüstung beziehungsweise Rüstungskontrolle gegeben hat. Können die Nuklearmächte aus diesem Dilemma rauskommen?

Sommer:

Sie werden natürlich versuchen, aus dieser Defensive herauszukommen. Und dabei werden sie auf verschiedene Dinge verweisen, die ja auch richtig sind und positiv: nämlich, dass Russland und die USA jetzt Gespräche über strategische Stabilität begonnen haben, dass es Anzeichen dafür gibt, dass auch China und die USA über Nukleardoktrin und Risikoverminderung reden. Und gleichzeitig werden sie wahrscheinlich auch versuchen, sich gegenseitig die Schuld an nuklearer Aufrüstung zu geben. Aber in Bezug auf nukleare Abrüstungsschritte sieht es hingegen düster aus. Das sagt mir verschiedene Experten - zuerst einmal Oliver Thränert vom Center for Security Policy an der Züricher Hochschule:

O-Ton Thränert:

„Wenn Sie danach fragen, was haben die Atomwaffenstaaten hier tatsächlich anzubieten? Im Hinblick auf nukleare Abrüstung ist es eigentlich nichts bis wenig.“

Sommer:

Und Ulrich Kühn vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik vermutet, dass die fünf offiziellen Nuklearstaaten auch als großen Fortschritt anpreisen werden, dass sie sich auf ein Glossar auf Definitionen zu nuklearrelevanten Begrifflichkeiten geeinigt hätten:

O-Ton Kühn:

„Man wird dann so minimale Sachen anbieten, wie: dass man mal wieder sich hingeworfen hat, um an einem gemeinsamen Glossar zu arbeiten. Und so was wird dann als Erfolg verkauft. Aber letztlich passieren wird nichts. Und ich glaube, das wird den Nuklearwaffenstaaten und letztlich allen Staaten, die im NVV sind, bei dieser Überprüfungscompetenz mächtig auch die Füße fallen.“

Flocken:

„Passieren wird letztlich nichts“, sagt Ulrich Kühn. Es ist kaum anzunehmen, dass sich zum Beispiel die 100 Nichtatomwaffenstaaten auf der Konferenz in New York damit zufriedengeben werden...

Sommer:

...Du meinst wahrscheinlich die 100 Nichtatomwaffenstaaten, die den Atomwaffenverbotsvertrag unterschrieben haben...

Flocken:

...So ist es.

Sommer:

Wie diese Staaten auf der Nichtverbreitungsvertragskonferenz auftreten, was sie einzeln oder gemeinsam fordern, das ist noch nicht genau abzusehen. Aber es ist sicher, dass es ihnen vor allen Dingen darum gehen wird, in einem Abschlussdokument formuliert zu bekommen, dass der Atomwaffenverbotsvertrag einen Beitrag leistet und eine Ergänzung des Nichtverbreitungsvertrags ist - und man will nicht, dass er verurteilt wird. Und ich glaube auch, dass sie sich nicht mit leeren Versprechungen abspeisen lassen werden. So hat das auch der österreichische Botschafter und designierte Vorsitzende der im März dann stattfindenden ersten Konferenz der Atomwaffenverbotsvertrags-Staaten, Alexander Kmentt, mir gegenüber gesagt:

O-Ton Kmentt:

„Es können nicht nur vage Zusicherungen sein. Das haben wir in der Vergangenheit schon so oft gesehen, dass die dann nicht umgesetzt werden. Sondern es geht diesmal tatsächlich wirklich darum, klare, messbare und auch mit Zeitlisten verknüpfte glaubwürdige Schritte zu setzen in Richtung einer Abkehr von einer auf Nuklearwaffen und nukleare Abschreckung aufbauenden internationalen Sicherheitsarchitektur.“

Hagen:

Naja, da hört man schon so ein bisschen raus, da ist auch Alexander Kmentt nicht so ganz sicher, dass das wirklich funktioniert.

Wie positioniert sich denn die neue Bundesregierung? Im Koalitionsvertrag wird eine abrüstungspolitische Offensive gefordert. Und mit Blick auf die Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages im kommenden Monat wird auf die Stockholm-Initiative für nukleare Abrüstung verwiesen.

Sommer:

Ja, die Bundesregierung ist an einem positiven Ausgang der Überprüfungs-konferenz sicherlich interessiert. Und das gilt für die alte wie für die neue Bundes-regierung. Und beide haben auch an dieser Stockholm-Initiative mitgearbeitet, sind da aktiv. In dieser Stockholm-Initiative sind fünf NATO-Staaten, Deutsch-land und vier weitere sowie 14 andere zusammengeschlossen wie Schweden, Japan, Argentinien und die Schweiz. Und sie haben zum Beispiel ein Papier mit 22 Vorschlägen und Ideen erarbeitet. Darin wird allgemein eine weitere atomare Abrüstung von den Nuklearwaffenstaaten gefordert. Da wird auch die Ratifizierung des umfassenden Atomtest-Stopp-Vertrages gefordert, den die USA seit über einem Jahrzehnt nicht ratifiziert haben, weil es dafür keine Mehrheit im Senat gibt. Ich glaube, es ist auch bemerkenswert, welche Dinge in dieser Stockholm-Initiative nicht gefordert werden, weil man sich darauf nicht hat einigen können oder einigen wollen. Erst einmal gibt es keine Forderungen an die Teilnehmer der Stockholm-Initiative selbst, wie Deutschland und die Niederlande, die US-Atomwaffen auf ihrem Gebiet stationiert haben. Zudem wird kein Verzicht auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen gefordert, der nach heutiger NATO- und US-Strategie ebenso wenig wie nach russischer Strategie möglich sein soll. Auch eine vertragliche Begrenzung der Raketenabwehrsys-teme, was die USA bisher kategorisch ablehnen, aber ohne, dass es keine wei-tere Abrüstung strategischer Atomwaffenarsenale mit Russland geben wird - auch das wird nicht gefordert. Also man setzt sich stattdessen für Maßnahmen ein, die das Risiko eines Nuklearkrieges aus Versehen reduzieren sollen - also so eine Art rote Telefondiplomatie und rote Telefon-Maßnahmen. Insgesamt, glaube ich, ist es ein Versuch, die Brücke zwischen den Atomwaffenstaaten und den Kritikern der nuklearen Abschreckung zu bauen. Ob man das erreicht, das scheint mir doch unklar. Ob es dazu kommt, dass man ein gemeinsames Abschlussdokument in New York bei der Überprüfungs-konferenz zustande be-kommt - es könnte auch sein, dass Deutschland sich da zwischen allen Stühlen setzen wird.

Flocken:

Ja, wie auch immer man das sieht... Das hört sich alles nicht nach einem Durchbruch in New York an. Die Überprüfungs-konferenzen finden nur alle fünf

Jahre statt - wegen der Corona-Pandemie ist das Treffen von 2020 auf den Januar 2022 verschoben worden.

Die Überprüfungskonferenz 2015 ist schon einmal ohne Abschluss-Kommuniqué zu Ende gegangen - weil man sich nicht einigen konnte. Sollte das Treffen im Januar nun erneut ohne einen Abschluss-Kommuniqué zu Ende gehen: wäre das nicht letztlich das Ende des Vertrages? Oder zumindest hätte der Vertrag dann nicht erheblich an Glaubwürdigkeit verloren?

Sommer:

Naja, ich glaube an Glaubwürdigkeit hat er insofern verloren, weil es ein Abrüstungsdefizit gibt von den Atommächten. Aber ich glaube, auf keinen Fall kann man sagen, dass es ein Ende des Nichtverbreitungsvertrages dadurch geben würde, dass es kein Abschlussdokument gibt. Der Vertrag hat 190 Teilnehmer und da ist kein Staat dabei, der plötzlich sagt „kein Abschlussdokument, dann bauen wir jetzt eigene Atomwaffen“. Also das würde weder subjektiv noch objektiv der Sicherheitslage dieser Länder entsprechen. Deshalb gehen alle Experten, mit denen ich gesprochen habe, davon aus, dass der Atomwaffen-sperrvertrag Bestand haben wird. Und auch die Kontrollen der Atomanlagen in den Mitgliedsländern durch die Internationale Atomenergiebehörde in Wien wird weitergehen. Es wäre auch nicht das erste oder zweite Mal, dass keine Abschlusserklärung vorliegt. Darauf verweist zum Beispiel auch Oliver Thränert vom Center for Security Policy an der Züricher Hochschule:

O-Ton Thränert:

„Es wäre diplomatisch natürlich nicht gut, aber es wäre nach meinem Dafürhalten auch kein Beinbruch. Denn eigentlich ist jede zweite Überprüfungskonferenz ohne Abschlussdokument zu Ende gegangen. Insofern wird die Welt auch weiterexistieren. Aber ein starkes Signal für die nukleare Nichtverbreitung würde davon natürlich nicht ausgehen.“

Hagen:

Und trotzdem: wenn sich die Teilnehmer im Januar nicht auf einen Abschluss-Kommuniqué einigen, wäre das nicht doch ein fatales Signal. Und es würde ja letztlich den Atomwaffenverbotsvertrag aufwerten. Die Konferenz der Vertragsstaaten findet nur zwei Monate später in Wien statt. Wäre es dann nicht denkbar, dass die NATO-Ablehnungsfront gegen diesen neuen Vertrag weiter brö-

ckelt? - Dass dann nämlich nicht nur Deutschland oder Norwegen als Beobachter an dieser Konferenz teilnehmen, sondern auch noch weitere NATO-Mitglieder...

Sommer:

Ich glaube, die Formulierung, dass eine Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages ohne Abschluss-Kommuniqué ein fatales Signal wäre - das hast du ja ebenso gesagt - fatal heißt ja verhängnisvoll - also das halte ich ein bisschen zu weitgehend. Es wäre zweifellos nicht positiv, aber es wäre kein Ende der Geschichte, kein Ende des Nichtverbreitungsvertrages. Was hat das für Auswirkungen auf den Atomwaffenverbotsvertrag? Sicher ist es denkbar, dass innerhalb der NATO noch mehr Staaten ihre schroffe Ablehnungshaltung gegenüber diesem Atomwaffenverbotsvertrag ändern. Spanien und Belgien haben auch schon eine weichere Haltung angekündigt. Aber dass einzelne NATO-Staaten wirklich etwas eigenes in Richtung atomarer Abrüstung tun, wie zum Beispiel den Abzug der US-Atomwaffen aus ihren Ländern zu beschließen - die ja nicht nur in Deutschland, sondern auch in vier anderen europäischen NATO-Staaten lagern - also das erwarte ich nicht, wenn es kein Abschluss-Kommuniqué gibt.

Flocken:

Danke für die Recherche, Jerry Sommer. Es ist ein diffiziles Thema: der Nichtverbreitungsvertrag, die Überprüfungskonferenz und der Atomwaffenverbotsvertrag. Ich hoffe, wir konnten einigermaßen Klarheit hineinbringen. Eine Langfassung der Interviews mit Ulrich Kühn und mit Daryl Kimball stehen übrigens auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.